



Der Vorstand der neuen Bürgerinitiative, die sich gestern Abend der Öffentlichkeit vorstellte (v. l.): Reiner Löcker, Christian Hose, Ansgar Clemens, Peter Kliche und Wolfgang Maasjost. Foto: win

Nicht fordern – mitarbeiten

OLPE Neue Bürgerinitiative will in Sachen Flüchtlingsunterbringung einen radikalen Kurswechsel

Statt der Umwandlung des „Rebola“ in eine Sammelunterkunft sollen Flüchtlinge dezentral untergebracht und so integriert werden.

win ■ Es war Schützenfest in der Kreisstadt, als das Kolpingwerk Münster in einer Pressemitteilung bekanntgab, dass sie die Familienferienstätte „Regenbogenland“ in Olpe zum 31. Januar 2015 schließt. Dem Datum geschuldet, dauerte es einige Zeit, bis diese Information in der Stadt verarbeitet wurde. Wie eine Bombe hingegen schlug die Nachricht ein, dass die Stadt plane, besagte Immobilie zu kaufen und dort eine so genannte „Zentrale Aufnahmeeinrichtung“ (ZAE) des Landes für Flüchtlinge einzurichten. Exklusiv berichtete dies am 29. November die SZ, und an diesem Tag setzte im unmittelbar benachbarten Wohngebiet an der Auguste-Liese-Straße zunächst Schockstarre ein. Dann wurden die Anwohner aktiv, informierten sich, trafen sich mit Bürgermeister Horst Müller, um Näheres zu erfahren – und daraus resultierte eine Pressekonferenz, die gestern Abend im fast schon verwaisten „Regenbogenland“ stattfand. In deren Rahmen stellten die Vorstandsmitglieder die neu gegründete Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“, kurz „HFO“, vor.

Ganz oben auf den präsentierten Folien, die das Ergebnis akribischer Recherche sind, steht eins: Mit Fremdenfeindlichkeit hat diese BI nichts am Hut. Das betonten Ansgar und Jutta Clemens, Christian und Regine Hose, Peter Kliche, Reiner Löcker und Wolfgang Maasjost, die den Vorstand der BI bilden. Vielmehr ist Ziel der Initiative, die Bürger und allen voran deren politische Vertretung, den Rat der Stadt Olpe, darüber zu informieren, was eine solche ZAE für Olpe bedeuten würde – sicherlich zunächst für die unmittelbaren Anlieger, aber auch für die gesamte Stadt.

Und klarzumachen, dass diese Lösung nicht gewünscht wird.

Dabei wurde mehreres deutlich. Ganz vorn: Die Mitglieder der BI sind unzufrieden mit der Informationspolitik der Stadt – sehr unzufrieden. Sie gehen davon aus, dass, wäre nicht durch einen Zufall bekannt geworden, dass eine Delegation von Stadt, Kolpingwerk, CJD und Bezirksregierung einen Ortstermin im „Regenbogenland“ wahrnahm, erst im Februar, unmittelbar vor der möglichen politischen Beschlussfassung, von den Plänen Kenntnis gegeben worden sei. Und auch, dass die Stadtverwaltung offenbar keinerlei Kontakt zu anderen Kommunen aufgenommen hat, in denen bereits ZAE vorhanden sind, löst mindestens einmal Kopfschütteln aus.

Die BI macht Folgendes deutlich: Das kurz „Rebola“ genannte Familienerholungsheim ist für 185 Personen ausgelegt, Menschen, die dort kurzzeitig Urlaub verbringen. ZAE würde bedeuten, dass hier auf Dauer regulär bis zu 500 Menschen leben – und die Erfahrung anderer Einrichtungen zeige, dass diese oft überfüllt seien. Zum Vergleich: Das ist ungefähr so, als wenn alle Einwohner von Stachelau oder Thieringhausen, vom Säugling bis zum Senior, zusammen ins „Rebola“ einziehen würden.

Die Menschen in einer ZAE, so die Informationen der BI, bleiben regulär zwischen zwei Wochen und drei Monaten dort. Das, so die BI, bedeute ein ständiges Kommen und Gehen von mal fünf, mal 80 Bewohnern, deren Integration weder gewollt noch möglich sei. Am Beispiel Hemer bedeute dies einen Jahresdurchsatz von 11 000 Menschen – Menschen, die nicht arbeiten dürfen, die keine Sprachkurse belegen, die sich in schwierigsten Lebensumständen befinden.

Die Vorstandsmitglieder der am 3. Januar gegründeten BI berichteten von einem Gespräch der Anwohner, das sie Ende Dezember mit dem Bürgermeister geführt hätten. Dabei sei deutlich geworden, dass offenbar primäres Ziel der Stadtverwaltung sei, den Kaufpreis für das „Regenbogenland“ durch die Miete, die das Land bezahle, zu refinanzieren. Als „Plan B“ werde überlegt, das „Rebola“ auch dann

zu kaufen, wenn es nicht zur Einrichtung einer ZAE kommt, um das Familienferienheim dann zur Unterkunft für die der Stadt dann zuzuweisenden Flüchtlinge zu nutzen.

Weitere Recherchen der BI hätten jedoch ergeben, dass viele Fachleute strikt gegen derartige Massenunterkünfte seien.

Stattdessen will die Initiative darauf hinarbeiten, dass die Stadt Olpe eine offensive, integrationsorientierte Flüchtlingsunterbringung forciert. Dies heißt: weg von Sammel- und Massenunterkünften, hin zu dezentralen, kleinräumigen Lösungen. Wohnungen und Häuser, aufs Stadtgebiet verteilt, seien für alle Seiten die verträglichere Lösung, was zahlreiche Beispiele in anderen Kommunen zeigten. Zudem sei Südwestfalen bereits mit ZAE in Hemer, Bad Berleburg und Burbach ausgestattet, auch andere Landesteile müssten diese Belastungen mittragen.

Hinzu komme, dass die Stadt sich durch eine ZAE aus der Verantwortung stehle, Flüchtlinge zu integrieren. Denn bekommt Olpe eine solche ZAE, werden der Stadt keinerlei weitere Flüchtlinge zur dauerhaften Unterbringung zugewiesen. Dies aber ist eins der erklärten Ziele der BI, und dies lasse sich am besten und einfachsten durch dezentrale Flüchtlingsunterbringung umsetzen. Ehrenamtler und erfahrene Träger wie Caritas oder Rotes Kreuz könnten sich dann einbringen und dafür sorgen, dass Flüchtlinge sich in die Gesellschaft integrieren und so dem demografischen Wandel in Olpe entgegenwirken, indem sie Teil der Gesellschaft werden. „Wir wollen nicht nur fordern, sondern mitarbeiten“, formulierte es Peter Kliche gestern Abend.

Auf einer eigenen Homepage informiert die BI ausführlich über ihre Anliegen, ihre Lösungsvorschläge und weitere Pläne. Dazu gehört unter anderem eine noch im Januar zu terminierende Bürgerinformation.

Da es keine Initiative ist, die sich „nur“ mit der Zukunft des „Rebola“ befasst, sind weitere Mitglieder aus dem gesamten Stadtgebiet willkommen.

► Alle Details unter www.hf-olpe.de.